

Marokko

(Zusammengestellt von Ferdinand Eibl und Dörthe Engelcke)

I. Grunddaten

Religiöses Profil der Bevölkerung: 98,7 % Muslime, davon 90 % sunnitisch-malikitischer Ausrichtung, 1,1 % Christen, 0,2 % Juden.

Stellenwert der Religion im Staat: Islam ist Staatsreligion (Art. 3 der Verfassung) und der König religiöses Oberhaupt aller marokkanischen Muslime (Amir al-mu'minin) (Art. 41 der Verfassung).

Staatliche religiöse Infrastruktur: Verantwortliches Ministerium ist das Ministerium für Habous (religiöse Stiftungen) und islamische Angelegenheiten, das 1965 gegründet wurde. Der Minister wird vom König ernannt. Seit 2002 wird das Ministerium von Ahmed Taoufiq, parteilos, geleitet. Das Ministerium ist mit 16 Zweigstellen auf regionaler Ebene und 52 weiteren Außenstellen auf Präfektur- und Provinzebene vertreten. Kernaufgaben sind die Verwaltung der religiösen Stiftungen, die inhaltliche Kontrolle des religiösen Unterrichts sowie der Unterhalt und Ausbau von Moscheen. Das Ministerium ist auch für das Moscheepersonal (Prediger, Imame usw.) zuständig. Landesweit wird die Anzahl der Moscheen auf 49.700 geschätzt.

Es existieren weitere religiöse Konsultativorgane, die direkt dem König zugeordnet sind: der Höchste Rat der Ulama, die Hohe Referenzinstanz für islamische Studien (Haute Instance de Référence pour les Etudes Islamiques) sowie die Liga Mohammadia der Ulama Marokkos (Rabita Mohammadia des Ouléma du Maroc). Der höchste Rat der Ulama ist für die Erstellung von religiösen Gutachten (Fatwas) zuständig, die vom König gegengezeichnet werden.

Religiöse Hochschule/Bildungseinrichtungen: Universität Qarawiyyine (Fes), Institut Dar al-Hadith al-Hasaniya (Rabat).

Vereinigungen mit religiöser Prägung: Zu den einflussreichen zugelassenen religiösen Vereinigungen auf nationaler Ebene zählen die is-

lamistische (→) MUR, die der islamistischen Partei (→) PJD nahesteht. Ferner die seit 1961 in Marokko aktive, legale Jama`at al-tabligh wal-da`wa (Groupe de Prédication et d'Appel à la Voie de Dieu/ dieu), die sich als apolitisch bezeichnet, die Monarchie anerkennt und sich ausschließlich der Verkündung von Gottes Wort verschrieben hat. Bei ihren jährlichen Versammlungen kommen Tausende von Anhängern zusammen; im Frühjahr 2012 waren es um 10.000 Mitglieder; derzeitiger Führer der Vereinigung ist Bashir El Younsi.

Von den Sufiorden ist besonders die Boutchichiya als soziales Netzwerk zu nennen, in dem zahlreiche Mitglieder der politischen und wirtschaftlichen Elite vertreten sind; ferner die Vereinigung der Ulama des Dar al-Hadith al-Hasaniya, eine Art Graduiertenverein des religiösen Bildungsinstituts.

Nicht legalisiert, aber geduldet ist die Vereinigung (→) al-Adl wal-ihسان, die 1987 von Abdessalem Yassine gegründet wurde. Die Organisation ist eine Mischform zwischen religiöser Vereinigung und politischer Partei.

Vereinigungen mit Verbindung zu religiösen Gruppen/Parteien:

Die Nationale Union Marokkanischer Arbeiter (UNMT) ist eine islamistisch-orientierte Gewerkschaft mit Beziehungen zur Vereinigung MUR und der Partei PJD.

Parteien mit religiöser Prägung: Die größte und einflussreichste Partei mit religiöser Prägung ist der islamistische PJD, die Partei stellt seit November 2011 den Premierminister. Daneben existieren zwei weitere religiöse Mikroparteien mit islamistischer Ausrichtung: die Partei für Erneuerung und Tugend (Hizb al-nahda wal-fadila) sowie die 2012 legalisierte Partei der (islamischen) Gemeinschaft (Hizb al-umma).

II. Islamistisch orientierte Organisationen

Adl wal-ihsan

Jama'at al-adl wal-ihsan/Gemeinschaft für Gerechtigkeit und Wohltätigkeit

Gründung der Vereinigung, Status: 1987; Adl wal-ihsan ist nicht legalisiert, aber „geduldet“; Hauptsitz ist Rabat-Salé.

Mitgliederzahl: Unbekannt; einige marokkanische Experten halten die Vereinigung jedoch für den größten islamistischen Akteur in Marokko.

Führungsorgane, Führungspersönlichkeiten: Als Mischform aus spiritueller Gemeinschaft und politischer Bewegung ist die Organisation zentral auf ihren Gründer, Abdessalam Yassine, ausgerichtet. Dieser steht einem Beratungsgremium vor, in dem die wichtigsten Entscheidungen getroffen werden. Mitglieder sind u.a. der Pressesprecher der Bewegung, Fathallah Arenalane, und Abdelwahed Moutawwakil, die beide als potentielle Nachfolger von Yassine gehandelt werden. Die politischen Aktivitäten der Gruppe werden von dem 1989 gegründeten „politischen Zirkel“ koordiniert, der als eine Art Generalsekretariat der Bewegung fungiert. Beide Gremien setzen sich ausschließlich aus Männern zusammen. Yassines Tochter, Nadia Yassine, ist als Gründerin der Frauensektion in der Öffentlichkeit ebenfalls sehr präsent. Auf regionaler und lokaler Ebene ist Adl wal-ihsan in ganz Marokko durch kleinere Organisationseinheiten repräsentiert. Im Ausland ist die Gemeinschaft v.a. in Frankreich durch die Vereinigung Muslimische Partizipation und Spiritualität vertreten.

Programmpunkte:

- Innenpolitik: Ziel ist die Errichtung einer politischen Ordnung nach dem Vorbild des historischen Kalifats und auf der Grundlage des islamischen Rechts. Der König wird als religiöses Oberhaupt abgelehnt. Eine prozedurale Demokratie mit Wahlen und politischen Parteien (Parteienpluralismus) sowie Gewaltenteilung wird akzeptiert, allerdings soll ausschließlich das islamische Recht normative Grundlage des Staates sein. Gewalt als politisches Mittel wird strikt abgelehnt.

- Außenpolitik: Die außenpolitischen Positionen beinhalten die Unterstützung der palästinensischen Nationalbewegung und antizionistische, antiimperialistische und panislamistische Verortungen. Eine Normalisierung der Beziehungen mit Israel wird abgelehnt.
- Gesellschaftspolitik: Im Mittelpunkt stehen die Stärkung der religiösen Identität Marokkos und die Moralisierung der Gesellschaft durch religiöse Bildungsarbeit; ferner die Bildung und Emanzipation von Frauen innerhalb eines islamischen Referenzrahmens.

In der Praxis setzt Adl wal-ihsan auf islamische Unterweisung und Bildungsarbeit sowie auf gemeinnützliche Aktivitäten und unentgeltliche religiöse Dienstleistungen (Beerdigungen usw.).

Aktivitäten seit 2011: Adl wal-ihsan beteiligte sich früh an den Protesten und leistete aufgrund ihrer effizienten und mitgliederstarken Organisation einen wesentlichen Beitrag zur Mobilisierung der Bewegung 20. Februar. Im Dezember 2011 kündigte allerdings Adl wal-ihsan überraschend ihren Rückzug aus der Bewegung 20. Februar an. Gründe sind Auseinandersetzungen mit säkularen Mitgliedern der Bewegung sowie Uneinigkeit über das weitere Vorgehen. Adl wal-ihsan lehnt die Verfassungsreform zudem als „Makulatur“ ab und rief vor den Legislativwahlen im November 2011 zum Boykott auf – allerdings mit geringer Wirkung. Nach der Regierungsübernahme des PJD wandte sich Adl wal-ihsan in einem offenen Brief an den PJD und die der Partei nahestehende Vereinigung MUR, worin Adl wal-ihsan eine Beteiligung am institutionellen politischen Leben klar ablehnt und den PJD für seine Kooperation mit der Monarchie kritisiert. Im Mai 2012 kritisierte sie die PJD-Regierung, weil sie die sozioökonomischen Probleme nicht in den Griff bekomme. Ihre politische Praxis beschränkt sich auf Presseerklärungen sowie Demonstrationen, wie z. B. im März 2012 ihre Pro-Palästina-Kundgebung mit mehreren tausend Teilnehmern. Die Gemeinschaft lehnt seit Jahren Gewalt als Mittel zur Durchsetzung ihrer eigenen politischen Ziele ab.

Kooperationspartner: Von Februar bis Dezember 2011 kooperierte Adl wal-ihsan mit der Bewegung 20. Februar. Im Umgang mit anderen islamistischen sowie säkularen Akteuren verhält sich die Bewegung pragmatisch. Takfir, also die Erklärung von Andersgläubigen oder Andersdenkenden zu Ungläubigen, wird von Adl wal-ihsan nicht offensiv betrieben. Beziehungen zu militanten Gruppen sind nicht bekannt.

Politische Gegner: Für Adl wal-ihсан ist die marokkanische Monarchie und der monarchische Autoritarismus der Hauptgegner.

Webauftritt: <http://www.aljamaa.net>; www.yassine.net; <http://www.nadiayassine.net>.

Publikationen (Auswahl): Yassine, Abdessalam: Justice, les islamistes et le pouvoir, Casablanca: Assafae Production 2000; derselbe: Islamiser la modernité, Casablanca: Al Ofok Impressions 1998.

MUR

Mouvement de l'Unité et de Réforme/Bewegung für Einheit und Reform/Harakat al-tawhid wal-islam

Gründung der Vereinigung, Status: 1996; Status: legalisiert; Hauptsitz ist Rabat.

Mitgliederzahl: Unbekannt.

Führungsorgane, Führungspersönlichkeiten: Das höchste Führungsgremium der Bewegung ist das Exekutivbüro, das von der Generalversammlung alle vier Jahr gewählt wird. Präsident der Bewegung ist der Ingenieur Mohamed Hamdawi. Weitere bekannte Mitglieder des Exekutivbüros sind Mohammed Hilali sowie der frühere Präsident der Bewegung, Ahmed Raissouni. Der Kommunikationsminister, Mustapha Khalfi, sowie Staatsminister Abdallah Baha gehören ebenfalls dem Gremium an. Eine Besonderheit der Bewegung ist, dass das Mandat des Präsidenten auf zwei Amtszeiten beschränkt ist.

Programmpunkte:

- Innenpolitik: MUR strebt ein „elektorales Kalifat“ an; die Gesetzgebung soll auf der Grundlage des islamischen Rechts erfolgen; der Ausbau von demokratischer Partizipation und Volkssouveränität innerhalb der Grenzen der Scharia wird befürwortet, ebenso demokratische Wahlen und Regierungswechsel. MUR lehnt Gewalt als politisches Instrument ab.
- Außenpolitik: Angestrebt wird die Annäherung zwischen Muslimen weltweit und eine stärkere Zusammenarbeit innerhalb der isla-

mischen Gemeinschaft; eine Normalisierung der Beziehungen mit Israel wird abgelehnt.

- Gesellschaftspolitik: Ziel von MUR ist die Verbreitung islamistischer Moralvorstellungen auf gesellschaftlicher Ebene. MUR tritt für die Verbesserung der „traditionellen Situation“ der Frau in Marokko innerhalb eines islamischen Referenzrahmens ein.

Aktivitäten seit 2011: MUR beteiligte sich offiziell nicht an der Protestbewegung, obwohl jüngere Mitglieder vereinzelt an Protestkundgebungen teilnahmen. Kurz vor der Rede des Königs am 3.3.2011 veröffentlichte MUR eine Erklärung, in der die Vereinigung einen islamischen Referenzrahmen als unantastbaren Bestandteil marokkanischer Identität bezeichnete und Säkularisierungstendenzen scharf kritisierte. Im Zuge der Verfassungsberatungen setzte sich MUR zudem mit anderen islamistischen Akteuren (PJD) erfolgreich gegen die Festschreibung von Gewissensfreiheit im Verfassungstext ein.

MUR lehnt politische Gewalt explizit ab und unterhält auch keine nachweislichen Beziehungen zu militanten Gruppen. Sie hat jedoch – wie der PJD auch – Beziehungen zu Da'wa-Salafisten und zu Islamisten aus der salafistisch-jihadistischen Strömung wie (→) Fizazi, die sich seit den politischen Umbrüchen 2011 überlegen, eine politische Strategie einzuschlagen und auf eine Parteigründung hinarbeiten.

MUR setzt in der Praxis vor allem auf Bekehrungs- und Bildungsarbeit sowie auf ein Engagement im sozialen und kulturellen Bereich. Inhaltlich vertritt MUR offen rigidere islamistische Positionen als der PJD. So plädiert die Vereinigung z. B. für eine Gesetzgebung auf der Grundlage der Scharia. Außerdem spricht sie sich schärfer gegen Verstöße gegen religiöse Traditionen und religiös-fundierte Moralvorstellungen (z. B. Nichteinhalten des Fastengebots während des Ramadan, Homosexualität, öffentlicher Konsum und Ausschank von Alkohol) aus als der PJD.

Kooperationspartner: Enger Partner ist die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (→PJD); es bestehen Doppelmitgliedschaften und eine Art „Arbeitsteilung“: für den ideologischen Rigorismus ist MUR zuständig, während der PJD als Partei politisch pragmatisch auftritt. MUR und PJD verbindet somit eine strategische Partnerschaft; sie teilen darüber hinaus die Vision des anzustrebenden islamischen Ge-

sellschaftsprojekts. Zu anderen islamistischen Akteuren unterhält MUR ein kritisch-offenes Verhältnis.

Politische Gegner: Säkular orientierte politische Parteien.

Webauftritt: <http://www.alislah.ma>; <http://www.altajdid.ma>.

Publikationen: Zeitung al-Tajdid (Erneuerung); MUR gab ferner u.a. folgende gleichfalls arabischsprachige Publikationen heraus: Harakat al-tawhid wal-islam: al-Mithaq (Der Pakt) 1998; Harakat al-tawhid wal-islam: al-Ru'ya al-siyasiya (Politische Ansichten) 2008.

PJD

Parti de la Justice et du Développement/Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung/Hizb al-adala wal-tanmiya

Gründung, Status, Repräsentanz im Parlament: 1996 entfalten die Mitglieder legale Aktivitäten im Rahmen der seit 1967 bestehenden, aber in den 1990er Jahren nicht mehr aktiven Partei Mouvement Populaire Démocratique et Constitutionnel (MPDC; Demokratische und verfassungsmäßige Volksbewegung); Umbenennung in PJD 1998; Hauptsitz ist Rabat; Regionalbüros bestehen in allen größeren Städten. Seit 1997 nimmt die Partei regelmäßig an Wahlen teil. Bei den Wahlen zur 1. Kammer des Parlaments am 25.11.2011 gewann der PJD 107 von 395 Mandaten (27 % der Sitze) und wurde als stärkste Fraktion mit der Regierungsbildung beauftragt.

Mitgliederzahl: keine offiziellen Angaben; geschätzt werden rund 15.000 (Anteil junger Erwachsener bis ca. 30 Jahren: ca. 20 %; Frauen sollen ca. ein Fünftel der Mitglieder stellen).

Führungsorgane, Führungspersönlichkeiten: Das Exekutivorgan ist das Generalsekretariat, das alle vier Jahre vom Nationalkongress der Partei gewählt wird. Amtierender Generalsekretär ist Premierminister Abdelilah Benkirane. Stellvertretender Generalsekretär ist Staatsminister Abdellah Baha. Weitere Mitglieder des Generalsekretariats sind Justizminister Mustapha Ramid, der Minister für Hochschulwesen Lahcen Daoudi, Familienministerin Basima Hakkaoui sowie Regierungssprecher und Kommunikationsminister Mustapha Khalfi.

Programmpunkte:

- **Innenpolitik:** Der PJD bekennt sich zu Rechtsstaatlichkeit und Demokratie; umgesetzt werden sollen gemäß Programm die Reform des Bildungssystems, eine weitreichende Justizreform und die Korruptionsbekämpfung. Der Zugang zu Gesundheitsvorsorge für alle Marokkaner, eine Steuerhöhung für gehobene Einkommen, die Errichtung eines islamischen Bankenwesens und die Reform des Pressegesetzes sind weitere zentrale Programmpunkte.
- **Außenpolitik:** Der PJD steht für die Wiederherstellung der nationalen Einheit (im Hinblick auf die Westsahara), Gespräche mit Spanien über den Verbleib der Enklaven Sebta und Melilla, die politische Einbindung der Auslandsmarokkaner sowie für ausgewogenere Beziehungen mit der Europäischen Union und den USA. Eine Normalisierung der Beziehungen mit Israel wird abgelehnt.
- **Gesellschaft:** Der PJD strebt die Wiederherstellung einer Werteordnung auf der Grundlage islamischer Werte und der pluralen nationalen Identität Marokkos an.

Aktivitäten seit 2011: Die Partei beteiligte sich offiziell nicht an der Protestbewegung und stellte sich im Frühjahr 2011 demonstrativ auf die Seite des Königs. Einzelne Mitglieder, darunter Mustapha Ramid und Mitglieder der PJD-Jugendbewegung, unterstützten jedoch die Protestbewegung und stellten sich somit gegen die offizielle Linie der Partei. Bei den Parlamentswahlen am 25.11.2011 gewann der PJD 107 Sitze und wurde stärkste Partei. Nach guten Wahlergebnissen 2002 und 2007 war der Wahlsieg erwartet worden, zumal der PJD effizient strukturiert und gut organisiert ist. Nach den Wahlen beauftragte der König gemäß der 2011 modifizierten Verfassung den Repräsentanten der stärksten Fraktion, PJD-Generalsekretär Abdelilah Benkirane, mit der Regierungsbildung.

Der PJD bekennt sich zu Rechtsstaatlichkeit, demokratischen Wahlen und Regierungswechseln. Politischer und gesellschaftlicher Pluralismus werden explizit unterstützt. Gesellschaftliche Praktiken, die von einem islamischen Moralverständnis abweichen, wie z. B. Homosexualität oder das Nichteinhalten des Fastens während des Ramadan, werden im privaten, jedoch nicht im öffentlichen Raum geduldet.

Der PJD wehrte bei den Konsultationen zur neuen Verfassung 2011 den Versuch ab, Glaubensfreiheit als Grundrecht in der marokkanischen Verfassung zu verankern (Begründung: Marokko sei ein islami-

scher Staat). Der PJD erkennt die Prärogative des Königs zur Islamauslegung an.

In ihrer politischen Praxis seit der Regierungsbildung widmet sich die Partei bisher v.a. der Moralisierung der Politik durch Korruptionsbekämpfung.

Kooperationspartner: Auf zivilgesellschaftlicher Ebene kooperiert der PJD mit der islamistischen Vereinigung MUR, in der die meisten Kader des PJD Mitglied sind, mit der PJD-nahen Gewerkschaft UNMT und u.a. auch mit dem Netzwerk islamistischer Frauenorganisationen Forum Azzahra. Die Partei hat zudem eigene Frauen-, Studenten- und Jugendorganisationen. Politische Koalitionspartner des PJD in der Regierung vom Januar 2012 sind die national-konservative Istiqlal-Partei (PI), die Partei für Fortschritt und Sozialismus (PPS) sowie die Partei der Volksbewegung (MP). Säkulare Parteien werden akzeptiert; der PJD kooperiert auf nationaler und lokaler Ebene mit ihnen. Der PJD lehnt Gewalt als politisches Mittel explizit ab und unterhält keine nachweisbaren Verbindungen zu salafistisch-jihadistischen bzw. bewaffneten Gruppen. Die Partei unterhält jedoch Kontakte zu Da'wa-Salafisten (wie Mohamed Ben Abderrahmane al-Maghraoui) und Salafisten wie (→) Mohamed Fizazi, die seit 2011/12 eine politische Strategie einschlagen.

Politische Gegner: Als Hauptgegner wird der PAM (Partei für Authentizität und Modernität) wahrgenommen, der königsnah und säkular ist.

Webauftritt: <http://www.pjd.ma>.

Publikationen: Zeitung al-Misbah (Die Lampe); ein Sprachrohr des PJD ist auch die MUR-Zeitung al-Tajdid (Erneuerung), in der führende Mitglieder Positionen vertreten, die weitaus radikaler formuliert werden als dies im Rahmen der Parteiaktivitäten bzw. innerhalb des offiziellen Parteidiskurses der Fall ist. Weitere Publikationen sind Online auf der Webseite einzusehen.

III. Persönlichkeiten, die Einfluss auf den religiösen Diskurs nehmen

Mohamed Fizazi

Kurzbiographie: Mohamed Fizazi, geboren 1949 nahe Taza (Nordwestmarokko), studierte in Rabat Mathematik und Französisch auf Lehramt und unterrichtete zwischen 1970 und 1980 in Tanger. 1980 begann Fizazi ein Studium des islamischen Rechts an der Qarawiyine Universität in Fes, das er mit Diplom abschloss. Während der 1990er Jahre pflegte er weitreichende Kontakte zu jihadistischen Salafisten im Nahen Osten und Europa (Predigten Ende der 1990er Jahre u.a. an der Hamburger Al-Quds-Moschee). Die marokkanische Justiz stufte ihn nach den Terroranschlägen jihadistischer Gruppen in Marokko im Mai 2003 als einen der geistigen Väter der Attentäter ein und verurteilte ihn – trotz relativ dünner Beweislage – zu 30 Jahren Haft. Im April 2011 wurde er überraschend von König Mohamed begnadigt. Fizazi lebt seitdem wieder in Tanger und kündigte z. B. in einem Fernsehinterview am 16.4.2012 an, sich politisch betätigen zu wollen.

Positionen: Fizazi gehört dem salafistischen Spektrum an, das für eine wortgetreue Auslegung des Koran steht und außer dem Koran und den überlieferten Handlungsweisen des Propheten (Sunna) keine anderen religiösen Quellen als Rechtsquellen anerkennt. Für Fizazi sind daher Religion und Staat untrennbar verbunden; die Durchsetzung der Scharia ist die zentrale Aufgabe des Staates. Fizazi wird zudem der jihadistischen Tendenz des Salafismus zugeordnet, die als gewaltfördernd bzw. gewaltbereit gilt. So äußerte Fizazi in der Vergangenheit Bewunderung für die Mörder des ägyptischen Intellektuellen Farag Fouda. Zudem bezeichnete er die westliche Form der Demokratie als nicht kompatibel mit dem Islam; Befürworter westlicher Demokratie nannte er „Ungläubige“ (Kuffar). Die Idee moderner Staatsbürgerschaft basierend auf gleichen Rechten lehnt er ab. Ein islamischer Staat unterteilt, so Fizazi, seine Bevölkerung in Muslime und „Schutzbefohlene“ (Dhimmis), denen ein minderwertiger Rechtsstatus zukommt.

Aktivitäten seit 2011: Fizazi reiste nach seiner Haftentlassung im April 2011 nach Tunesien und Ägypten, um die dortigen politisch aktiven salafistischen Bewegungen zu studieren. Er äußerte wiederholt

seine Absicht, eine politische Partei gründen und am institutionellen politischen Prozess teilnehmen zu wollen (die ägyptische Nur-Partei und ihr Erfolg sollen ihn inspiriert haben). Als möglicher künftiger Name der Partei kursiert Parti du Savoir et du Travail (Partei des Wissens und der Arbeit). Die Absicht der parteipolitischen Betätigung steht im klaren Widerspruch zu seinen früheren Positionen, als er Parteien und Wahlen für unvereinbar mit dem Islam erklärte.

Die marokkanische Protestbewegung „20. Februar“, die seit Februar 2011 Systemreformen einfordert, kritisierte er scharf als weitgehend „irreligiös“ und stellte sich gleichzeitig unterstützend hinter den monarchischen Reformprozess. In einem öffentlichen Brief wandte er sich mit einem Gesprächsangebot an (→) Adl wal-ihsan.

(Politische) Affinitäten: Sie bestehen zu anderen Salafisten-Predigern wie Abu Hafs und Hassan al-Kettani sowie zur islamistischen Partei für Erneuerung und Tugend (Hizb al-nahda wal-fadila); es gibt seit 2011 Kontakte zu Regierungsmitgliedern des PJD und zur Vereinigung MUR.

(Politische) Gegner: Adl wal-ihsan/Scheich Yassine; allerdings bot Fizazi Adl wal-ihsan nach seiner Haftentlassung „Gespräche“ an.

Beziehungen zu militanten Gruppen: Fizazi hatte in der Vergangenheit Kontakte zu militanten Gruppen. Jamal Zougam, einer der Attentäter der Anschläge von Madrid 2004, war z. B. einer seiner Studenten. Seit seiner Begnadigung 2011 sind keine direkten Kontakte zu bewaffneten Gruppen bekannt geworden.

Rolle von Gewalt im Diskurs: In der Vergangenheit schreckte Fizazi nicht davor zurück, politische Gewalt im Namen islamistisch-salafistischer Prinzipien gut zu heißen. Seit seiner Haftentlassung distanzierte er sich jedoch wiederholt von politischer Gewalt und verurteilte diese auch.

Webauftritt: <http://www.elfazazi.com>.

Mohamed Tozy

Kurzbiographie: Der Politikwissenschaftler Mohamed Tozy ist 1956 in Casablanca geboren. Nach dem Studium der Politologie in Marokko promovierte er in Frankreich unter Bruno Etienne. Sein Haupttätigkeitsgebiet sind der politische Islam und islamistische Bewegungen in Marokko. Tozy lehrt an der Universität Hassan II. in Casablanca und am Institut d'Etudes Politiques in Aix-en-Provence.

Positionen: Tozys Hauptwerk *Monarchie et Islam politique au Maroc*, erschienen 1997, analysiert kritisch die Instrumentalisierung von Religion durch die Monarchie zur Absicherung des monarchisch-autoritären Systems. Dabei widmet er sich auch politisch-religiösen Gegenprojekten anderer islamischer Akteure, so zum Beispiel der islamistischen Vereinigung *al-Adl wal-ihsan*, und ordnet diese historisch-anthropologisch ein. Er steht dem religiös fundierten monarchischen Autoritarismus ebenso kritisch gegenüber wie den religiösen Alternativprojekten islamistischer Akteure.

Aktivitäten seit 2011: Tozy begleitet mit seinen Analysen, öffentlichen Auftritten und Medienbeiträgen den Reformprozess und prägt damit nachhaltig den öffentlichen Diskurs. Tozy war Mitglied in der vom König einberufenen Verfassungskommission, welche im Frühjahr 2011 die neue marokkanische Verfassung ausarbeitete. Tozy steht der Protestbewegung 20. Februar in seinen Analysen aufgeschlossen gegenüber und sieht diese als Chance für eine Demokratisierung Marokkos. Die Verfassungsreform birgt seiner Meinung nach die Chance auf weitreichenden politischen Wandel in Marokko. Er sieht die Hauptverantwortung für die politische Umsetzung des Verfassungstextes nunmehr vor allem bei den politischen Parteien. Die islamistische PJD erkennt er als notwendigen Bestandteil der marokkanischen Parteienlandschaft an, um konservative Wähler an das politische System zu binden.

(Politische) Affinitäten: Tozy gilt als säkular und keiner spezifischen Partei nahestehend.

Mohamed Darif

Kurzbiographie: Der Politikwissenschaftler Mohamed Darif, geboren 1959 in Casablanca, promovierte 1986 zur Geschichte des politischen Denkens in Marokko. Sein 1992 erschienenes Buch *al-Islam al-siyasi fil-maghrib* (Der politische Islam in Marokko) gilt als Referenzwerk zur Geschichte des Islamismus in Marokko. Darif lehrt an der Universität Hassan II. in Casablanca.

Positionen: Im Vergleich zu dem frankophon geprägten Mohamed Tozy gilt Darif gegenüber dem islamistischen Milieu als aufgeschlossener, ohne jedoch mit den politischen Ideen der Islamisten zu sympathisieren. Darif spricht sich allerdings für eine Annäherung zwischen der Monarchie und der Vereinigung al-Adl wal-ihsan aus.

Aktivitäten seit 2011: Darif begleitet in seinen Analysen und Medienbeiträgen den Reformprozess und prägt damit nachhaltig den öffentlichen Diskurs. Darif betont in seinen Analysen die positiven Effekte der Protestbewegung für die politische Kultur Marokkos. Das politische System Marokkos sieht er nach dem vom König eingeleiteten Reformprozess als politische Mischform aus parlamentarischen und eher autoritären Elementen. Die fortgesetzte Monopolisierung von entscheidenden Politikfeldern durch den König sieht er jedoch kritisch. Auch stellt er die demokratische Gesinnung von Teilen der PJD in Frage.

(Politische) Affinitäten: Nähe zu einer bestimmten Partei oder politischen Bewegung ist nicht bekannt.